



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Holger Grießhammer, Christiane Feichtmeier, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Sabine Gross, Ruth Müller, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und Fraktion (SPD)

Bevölkerungsschutz und Krisenbewältigung ganzheitlich denken – Aus- und Fortbildung von Feuerwehr und Rettungsdiensten stärken, Ausbildungskapazitäten der Feuerweherschulen erhöhen und echte Helfergleichstellung einführen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- ein Aus- und Fortbildungskonzept zu entwickeln, um an den staatlichen Feuerweherschulen in Würzburg, Regensburg und Geretsried sowie dezentral bei den Feuerwehren vor Ort Ausbildungsinhalte aus den Themenbereichen Bevölkerungsschutz und Krisenbewältigung im Rahmen bestehender Ausbildungsformate vermitteln und üben zu können und dieses Konzept so auszugestalten, dass Bevölkerungsschutz und Krisenbewältigung als gemeinsame Aufgabe von Feuerwehr, Rettungsdiensten und Katastrophenschutz verstanden wird,
- im Rahmen dieses Konzeptes gemeinsame Ausbildungs- und Übungsmodulare für Feuerwehr, Rettungsdienst, Hilfsorganisationen sowie weiterer Akteure des Katastrophenschutzes zu entwickeln und durchzuführen, wobei ein Fokus auf Großschadenslagen, Massenanfälle von Verletzten, Hochwasserereignisse, langandauernde Stromausfälle sowie Krisen- und Verteidigungsszenarien zu legen ist,
- den Aufbau der „Bavarian Wildfire Taskforce“ als Spezialeinheit zur Waldbrandbekämpfung bei der Überarbeitung des Aus- und Fortbildungskonzepts zu berücksichtigen,
- die Lehrkapazitäten und die Nutzung von modernen E-Learning-Plattformen an den staatlichen Feuerweherschulen massiv auszubauen und
- die Liegenschaften der Feuerweherschulen baulich und technisch auf den neuesten Stand zu bringen.

Die Staatsregierung wird ferner aufgefordert, einen Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Katastrophenschutzes vorzulegen, mit dem eine echte Helfergleichstellung umgesetzt wird.

Begründung:

Die aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen machen eine Fortschreibung des Aus- und Fortbildungskonzeptes der staatlichen Feuerweherschulen notwendig. Bayerns Feuerwehren müssen auf den Ernstfall vorbereitet sein. Dabei ist aber auch zu beachten: Bevölkerungsschutz ist eine Gemeinschaftsaufgabe. In der Praxis bewältigen Feuerwehren, Rettungsdienste, Hilfsorganisationen und weitere Akteure Krisen

und Katastrophen nicht getrennt voneinander, sondern gemeinsam. Eine wirksame Krisenvorsorge setzt daher eine organisationsübergreifende Aus- und Fortbildung voraus. Bei der Überarbeitung des Aus- und Fortbildungskonzeptes ist ebenfalls der Aufbau der „Bavarian Wildfire Taskforce“ zu berücksichtigen (Drs. 19/12297). Entsprechende Ausbildungsmodule sind zu planen.

Zudem ist es dringend notwendig, die Lehrkapazitäten an den Feuerwehrschohlen massiv auszubauen. Nach wie vor können vielen engagierte Feuerwehnmänner und -frauen nicht an Lehrgängen teilnehmen. Es müssen auch verstärkt E-Learning-Module angeboten werden. Entsprechend müssen die Liegenschaften auch baulich und technisch auf dem neuesten Stand sein.

Zur Verbesserung des Bevölkerungsschutzes ist unverzüglich eine echte Helfergleichstellung umzusetzen. Nach wie vor werden Angehörige der Rettungsdienste im Vergleich zu Angehörigen der Feuerwehr bei Freistellung für Aus- und Fortbildungen grundlos benachteiligt.